

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Berausgeber und verantwortl. Redakteur **Janny Michlew.**
Wien. 1. Neues Rathaus.

1. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 23. Jänner 1919. № 38.

Öffentliche Einsichtnahme in die Wählerverzeichnisse. Die Wählerverzeichnisse werden ab Freitag, 24. d.M. durch 14 Tage hindurch zur allgemeinen Einsicht aufgelegt und können Binsprüche gegen dieselben innerhalb der ersten 10 Tage, das ist vom 24. Jänner bis 2. Februar an Werktagen von 2 bis 7 Uhr nachmittags, an Sonntagen von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags mündlich oder schriftlich eingebracht werden. Die Zahl der Reklamationsstellen beträgt 158.

2. Ausgabe.

22. Jahrgang. Wien, Donnerstag, 23. Jänner 1919. № 39.

Förderung des Hochschulwesens durch die Gemeinde Wien. In der letzten Sitzung des Stadtrates berichtete StR. Dr. Kienböck über den Ausbau und die Förderung des Hochschulwesens in Wien durch die Gemeinde im Einvernehmen mit der Staatsverwaltung. Zu diesem Zwecke soll eine Kommission eingesetzt werden, die die nötigen Beratungen und Arbeiten in Angriff zu nehmen hat. Um aber auch die hiezu notwendigen Vorarbeiten in die richtigen Bahnen zu leiten und den Kreis aller zur Mitarbeit heranzuziehenden Faktoren feststellen zu können, wird empfohlen, die hauptsächlich interessierten Aemter und Anstalten einer unferbindlichen Besprechung einzuladen, um Klarheit in den wichtigsten grundlegenden Fragen zu gewinnen. Als einzuladende Anstalten kommen in Betracht: die Rektorate der Wiener Hochschulen und das Rektorat der Akademie der bildenden Künste, das Dekanat der evangelisch-theologischen Fakultät, das Kuratorium der Akademie der Wissenschaften, das Kuratorium der Akademie für Musik und darstellende Kunst, die Direktionen der Konsular- und Exportakademie, sowie andere in Betracht kommende Lehranstalten.

Verarbeitung von Zuckerrübe in Sirup. Bekanntlich wird in der diesjährigen Braukampagne Zuckerrübe als Surrogatstoff für die Biererzeugung in Verwendung genommen. Das Brauhaus der Stadt Wien hat nun mit der Leipnik Lundenburger Zuckerfabriks-A.G. ein Abkommen, betreffend die Sirupgewinnung aus 3000 q Zuckerrübe, abgeschlossen. Das Gelderfordernis beläuft sich auf ca. 90.000 Kronen. Nach einem Berichte des VB. Rain in der letzten Stadtratsitzung wird diesem Abkommen zugestimmt.

Aus der vertraulichen Sitzung. In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates wurden verliehen: Dem Magistratssekretär Dr. Karl Hubmayer in Würdigung seiner vorzüglichen Dienstleistung der Titel Magistratsrat; dem Baurate Ing. Hans Strössner in Würdigung seiner besonderen Verdienste bei der Ausführung der in den letzten Jahren geschaffenen Brücken der Stadt Wien der Titel Oberbaurat; der Oberin am Stephaniespital in Ottakring Schwester Dosithea (Barbara Brand) in Anerkennung ihrer mehr als 25 jährigen Wirksamkeit auf dem Gebiete der Krankenpflege die goldene Salvatormedaille; dem Armenrate des Bezirkes Meidling Johann Neugebauer in Anerkennung seiner mehr als 15 jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Armenpflege die goldene Salvatormedaille. Bei den städtischen Strassenbahnen wurden die Inspektoren Ing. Karl Goller, Franz R.v. Wolff und Richard Werner zu Oberinspektoren befördert und dem Inspektor Ing. Ludwig Schuller der Titel

eines Oberinspektors verliehen.

Die Durchführung der Sachdemobilisierung. In der heutigen Stadtratsitzung beantragte VB. Rain eine Petition an die Regierung zu richten, in der die rascheste Abwicklung der Sachdemobilisierung und die ausgiebige Zuwendung militärischer Sachgüter an den Gewerbestand auf das nachdrücklichste gefordert wird. Der Ernst der Situation erheischt in gebieterischer Strenge die Prüfung der Frage, inwieweit ohne Eiführung der Beginn der wirtschaftlichen Tätigkeit gefunden werden könnte. Als richtiges und derzeit allein zur Verfügung stehendes Mittel kommt die rasche und glatte Abwicklung der Sachdemobilisierung in Betracht. Die in den Depots der Heeresverwaltung schlummernden Kapitalien müssen dem Verkehre, dem Erwerbe und der Wirtschaft überwiesen werden. Jeder Tag eines toten Kapitals ist ein schwerer Schaden für unser kapitalarmes Land. Schom im Interesse der Staatsfinanzen sollte die jetzige hohe Preiskonjunktur ausgenützt werden. Es ist unbedingt erforderlich den Absatz der Kriegsmaterialien mit allen Mitteln zu beschleunigen. Allerdings müssen die Schwierigkeiten gewürdigt werden, die durch die Bildung der vielen Nationalstaaten entstanden sind. Bei der Verteilung der zur Verfügung stehenden Materialien ist auf die Leistungsfähigkeit der zu beteilenden produzierenden Stände Bedacht zu nehmen. Zwei wichtige Fragen sind es, zu deren fürsorgender Behandlung die Staatsverwaltung verpflichtet ist, die wirtschaftliche Aufrichtung des Mittelstandes und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Der Handwerkerstand, dessen Lebensfragen durch die staatliche Bewirtschaftung so vieler Artikel schwer in Mitleidenschaft gezogen wurde, muss berücksichtigt werden. Der Mangel an Arbeitsmaterial, unter dem der Gewerbestand während des Krieges viel gelitten hat, kann nur durch die Sachdemobilisierung beseitigt werden. Immer drohender wächst das Schreckgespenst der Arbeitslosigkeit heran und es wäre ein Irrtum zu glauben, dass die Frage der Arbeitslosigkeit unter den heutigen Verhältnissen durch die Industrie allein gelöst werden kann. Ist sie doch durch den Stand der Kohlenfrage in der Wiederaufnahme der Produktion von Massengütern arg gehemmt. Der für die personelle Demobilisierung schon vor Beendigung des Krieges ausgearbeitete Organisationsplan stürzte in dem Augenblicke zusammen, wo die Truppen auf allen ihnen zur Verfügung stehenden Wegen in die Heimat eilten. Die personelle Demobilisierung war binnen wenigen Wochen beendet.

An das Referat knüpfte sich eine eingehende Debatte, schliesslich wurde der Antrag des Referenten und ein Zusatzantrag des VB. Reumann, dass der Bürgermeister ersucht werde, diese Petition persönlich zu überreichen, einstimmig angenommen.

Im Anschlusse an dieses Referat legte VB. Reumann einen Bericht vor, in dem auf den Mangel von Betriebsstoffen für Kraftfahrzeuge hingewiesen wird, welchen die Gemeinde Wien und ihre Unternehmungen unbedingt benötigen. Es wird beschlossen, dass der Bürgermeister gelegentlich der Vorsprache beim Staatsamt für Kriegs- und Uebergangswirtschaft auch diese Frage zur Sprache bringen möge.

Ein Gemälde der Proklamierung der Republik. In der heutigen Sitzung des Stadtrates stellte StR. Pick den Antrag, die Proklamierung der Republik Deutschösterreich am 12. November 1918 vor der Parlamentsrampe inmitten des versammelten Volkes in einem Gemälde festlegen zu lassen, zu dessen Anfertigung eine Konkurrenz auszuschreiben ist, an der jedoch nur in Wien oder im übrigen Deutschösterreich dauernd sesshafte Künstler teilnehmen können. Vervielfältigungen des Originalbildes sollen den Wiener Gemeindeschulen überlassen werden.